Angriffe gegen das Institut

Von Leo Pröstler

Unsere Arbeit ist Grundsätzen sozialer und ökologischer Verantwortung verpflichtet. Diese Art von Wissenschaft endet nicht an der Erkenntnis, sondern bezieht ihre politischen und sozialen Konsequenzen mit ein. Wissenschaftliche Ergebnisse aus dem Öko-Institut sollen für den Betroffenen und den Politiker nachvollziehbar und anwendbar sein und fordern Veränderungen. Veränderungen, die oft persönliche Wertvorstellungen betreffen und wirtschaftlichen Interessen entgegenstehen.

Die Erfahrungen aus den fünf Jahren unserer Arbeit zeigt, daß diese kaum mit wissenschaftlicher Kritik bedacht wurde, um so mehr aber mit politischen Argumenten und oft in polemischer Form abgelehnt wurde. Diese Art der Reaktion trat immer dann in Erscheinung, wenn durch das Öko-Institut zentrale Versäumnisse der Umwelt- und Energiepolitik ins Licht der Öffentlichkeit gerückt wurden und die Aussagen nicht widerlegt werden konnten. Die Kritik erwies sich dann immer mehr als Mittel der Verteidigung wirtschaftlicher und politischer Interessen.

Das wohl größte Eigentor bei der Kritik an der Arbeit des Öko-Institutes schoß die Kernforschungsanlage Jülich (KfA), denn sie versuchte die Energiestudie des Öko-Institutes »Energiewende« mit einer vom Bundesforschungsministerium finanzierten Gegenstudie[1] wissenschaftlich zu widerlegen. Im Öko-Bericht Nr. 14 konnten H. Bossel und K. F. Müller-Reißmann[2] die Aussagen der KfA Jülich widerlegen und feststellen, daß sich an den grundlegenden Aussagen der Öko-Studie unter Einbeziehung aller Kritikpunkte nichts änderte. Dennoch war jene Arbeit groß aufgemacht und zusammen mit polemischen Angriffen gegen das Öko-Institut in die Öffentlichkeit gebracht worden. Hier ging es nicht um die öffentliche Auseinandersetzung mit einem alternativen Entwurf, sondern darum, diesen durch Polemik herabzusetzen. So mußten denn auch die Wissenschaftler der KfA später auf mehreren Diskussions-Veranstaltungen eingestehen, daß das Energiekonzept des Öko-Instituts technisch machbar ist, jedoch politisch unerwünscht sei. Damit hatte die »wertneutrale reine Wissenschaft« ihre politische Abhängigkeit gezeigt. Inzwischen sind wesentliche von der KfA als »illusionäres Wunschdenken« angegriffene Szenarien des Öko-Instituts von anderen konservativen Studien wie z.B. der Shell-Studie[3] oder dem Energiereport der Havard-Business-School[4] bestätigt, während alle Stromprognosen von staatlichen und industriellen Forschungsinstituten sich als folgenschwere Fehleinschätzungen erwiesen haben. (s. Kasten 1)

Unser neues Projekt »Energiewende II« soll sich deshalb mit den politischen, sozialen und technischen Hemmnissen beschäftigen, die den in der Energiewende beschriebenen Vorschlägen entgegenstehen.

Inzwischen hat sich auch an der Kritik am Öko-Institut einiges verändert. Es wird nicht mehr versucht, die wissenschaftlichen Aussagen zu widerlegen, sondern das Öko-Institut in der Öffentlichkeit als unseriös darzustellen, mögliche Forschungsförderer unter Druck zu setzen und das Institut mit Androhung von Gerichtsverfahren zu verunsichern.

In den letzten Jahren haben sich in der Umweltdiskussion neue Schwerpunkte entwickelt. Die Sensibilisierung großer Teile der Bevölkerung erfolgte durch die Kernenergie-Diskussion. Inzwischen hat die Umwelt-Diskussion eine Vielzahl zusätzlicher — nicht weniger wichtiger — Bereiche erfaßt wie z.B. die Gefahren der Überchemisierung vieler Lebensbereiche, die industrielle Landwirtschaft, Landschaftszerstörung, Müll und vieles andere mehr. Die Bürger hatten konsequenterweise nicht aufgehört über die ökonomischen und politischen Ursachen

Fortsetzung nächste Seite

1

Auszug aus Entscheidungen für eine langfristige Energiepolitik in »Dr. Ludwig Bölkow, MBB 1924/4.82«

»Ein Beispiel wissenschaftlicher Unfairness und Arroganz, das zugleich einen Blick in die Welt der Prognostiker bietet, kann ich ihnen, so leid es mir tut, angesichts des Einflusses der Prognosezahlen für kommende Entscheidungen nicht vorenthalten:

Im Frühjahr 1981 veröffentlichten Wissenschaftler des Öko-Instituts Freiburg (keine Kernkraftfreunde) die »Energiewende«. Ein Versuch, so wurde es der Öffentlichkeit gegenüber ausgedrückt, das Problem von einer anderen Sicht anzupacken. »Die Menschen benötigen nicht einfach Energie, sondern Energiedienstleistungen, sprich warme Räume, Transportleistungen, Antrieb von Maschinen, Prozeßwärme usw . . .« Eine Auffassung des Problems übrigens, wie man sie 1977 auch schon bei Häfele findet. Das Leitmotiv war in keiner Weise der Vorschlag eines Engerschnallens des Gürtels, sondern eine detaillierte Untersuchung über bessere Nutzung der Energie, über mögliche Entwicklungen und Vorschläge für entsprechende Strukturänderungen, die weniger Energie benötigen. Die Bearbeiter wollten eine Situation des Jahres 2030 diskutieren, die mit erheblich weniger Energie auskommt. Es sind Vorschläge, die zum Beispiel in den USA in aller Öffentlichkeit und Fairness diskutiert werden (Havard-Energie-Report u.a.).

Die Antwort der Klassiker in Deutschland ließ nicht lange auf sich warten. Schon im Juni lag eine Stellungnahme des KFA Jülich vor. Abgesehen davon, daß diese Arbeit trotz der Beteiligung von 10 Wissenschaftlern aus dem entsprechenden Institut kaum eine stichhaltige, das Ergebnis beeinflussende Widerlegung darstellt, ist sie vom Stil her — gerade unter Wissenschaftlern — unmöglich. Erschreckend für mich ist, wie diese sogenannte »wissenschaftliche« Kritik vermarktet wurde. Die Presseerklärungen der KFA Jülich im Juni 1981: Die Prognose des Öko-Instituts ist »in der Sache unzutreffend, in der Analyse fehlerhaft, in der Intension illusionär«. Wie nun die gleiche »Kritikergruppe« aus Jülich ihre bisherige eigene Prognostikarbeit einschätzt, konnte man kurz darauf im August in einer Veröffentlichung des Institutsleiters in der »Umschau« lesen. Unter der Überschrift »Vorgetäuschte Sicherheit durch Energieprognose« heißt es: »Die Zuverlässigkeit der Vorhersage ist kaum größer als der statistische Zufall«.

GANYMED:

vegetarisch, nikotin- und alkoholfrei

10.–12.12. GEISTIGE WURZELN für GESUNDHEIT
11.–12.12. GESUNDES WOHNEN/ und BAUEN mit Institut für Baubiologie Bad Soden-Salmünster.
DYNAM. ERNÄHRUNGSLEHRE und EURYTHMIE mit AKTIVEN GESUNDHEITSTAGEN/Unity/Kosmobiologie/ Biotechnik mit Weihnachts-/Silvester-/ Neujahrsfreizeit HASENSPRUNG-MÜHLE und SCHLOSS SCHNEY: 20.12.82 – 6.1.83
21.–23.1. SELBSTHEILUNG durch ENTSPANNUNG
12.–13.2. Buntes FASCHINGSTREFFEN.
FASTEN-/ENTGIFTUNGS-/REIS-/ ROHKOSTKUR am Edersee und ü/Tuttlingen Ende Febr./März.
19.3.–23.4. SKIFREIZEIT zu ENGELBERG/Schweiz.
9.–15.4. NATÜRLICHE AUGENSTÄRKUNG.
VOLKSTANZ- und WANDERFREIZEIT Dolomiten-Hütten-Wanderung/Bergfreizeit Mariazell/Senorenfreizeit/Früchte-Badefreizeit Insel Krk ab Ende Mai bis Oktober 83.

Betreffendes Merkblatt bitte zusenden lassen !

GANYMED, Niddagaustr. 18, 6000 Frankfurt 90, T.0611/784754 u.783970

Scherer-Versand

aus unserem Angebot:

- **Öko-Spiel** DM 31,30
  ein alternatives Gesellschaftsspiel
- **elektronisches Akupunkturgerät**
  mit Anleitung + Schautafeln 98,–
- **Luftbefeuchter + -reiniger**
  B 80 bis 100 qm 337,30
  B 110 bis 120 qm 379,70
- **Angora-Strickwolle** 10 g 4,45
  100 % Angora, in weiß, beige, pastellgelb, türkis, hell-blau, rosa, rot, schwarz. Für da-pulli, lg. Arm, ca. 42 ca. 250 g
- **Pelz-Hüttenstiefel**, doppeltes Schaffell, 36–42: 59,80; 43–46: 69,30
- **Holzpantinen** Gr. 21–35 27,50
  36–40 33,20
  41–47 37,30
- **Holzpantinen** Gr. 21–35 31,65
  mit Kunstlederkissen (bequemer) 36–40 37,60
  41–47 42,60
- **Baumwolljacke** Gr. S, M, L 29,40
  handgewebte, leichte, marokkanische
- **Baumwolljacke** Gr. S, M, L 45,20
  handgewebte, schwere Qualität
- **Baumwolldecke**
  handgewebt, Naturfarben, helle und dunkle Ausführung
  Gr. 130 x 210 oder 150 x 230 38,70
  Gr. 180 x 250 oder 240 x 260 74,60
- **Kupferarmreif** 18,–
- **Lesezeichen** aus Sandelholz 1,70
- **Rückgaberecht 8 Tage**, Versand per NN, zu bestellen bei:

Scherer-Versand, Kreuzwiesstr. 8 ÖM, 8901 Fleinhausen

Fortsetzung von Seite 29

der Umweltgefahren nachzudenken. Wenn es auch schwierig ist, den direkten Erfolg dieser Bemühungen, auch der Arbeit des Öko-Institus, um eine lebenswertere Umwelt eindeutig zu belegen, so läßt sich doch feststellen, daß die Sorge um die Umwelt mittlerweile von breiten Bevölkerungsteilen getragen wird. Dies hat bei vielen Betroffenen zu persönlichen Verhaltensänderungen geführt. Sie haben erkannt, welchen Preis sie, jeder für sich, für ungehemmtes Wachstum und unabdingbaren Fortschritt zu zahlen haben und haben den Glauben an diese gepriesenen Motoren unserer Gesellschaft verloren. Dieser Vertrauensverlust unseres Wirtschaftsmodells und die Auseinandersetzung um die Vermeidung der Umweltgefährdung trifft die angeschlagenen aber unbeirrbaren Wachstumsfanatiker aus Industrie und Politik zu einer Zeit wirtschaftlicher Instabilität. Sie fühlen sich nicht nur in ihren wirtschaftlichen Grundlagen sondern auch in ihren Prinzipien bedroht. Was liegt näher, als überzogen zu reagieren, jede Kritik sofort im Keim zu ersticken und abzuschmettern.

Inzwischen zeichnet sich ein gemeinsames, abgesprochenes Vorgehen von Industrieverbänden, Politikern und Behörden gegen Umweltschützer und ihre Organisationen ab.

Besonders stark ist davon auch das Öko-Institut betroffen, wie ich an einigen Beispielen darstellen möchte.

Durch die *Trinkwasser-Studie*[5] des Öko-Instituts wurde die Problematik der gefährdeten Trinkwasserreserven und der zunehmenden Nutzung bedenklichen Oberflächenwassers zur Trinkwasserversorgung erstmals in diesem Umfang an die Öffentlichkeit gebracht und zu einem lang diskutierten Thema.

Das zuständige Bundesgesundheitsamt(BGA) reagierte mit einer gerichtlich verfügten Klage und Schadensersatzanordnung über insgesamt 1,5 Millionen DM wegen »ehrkränkender diffamierender Äußerungen gegen das BGA«[6]. Es verlangte gerichtlichen »Ehrschutz« vor Äußerungen eines »zivilrechtlichen Konkurenzinstitutes« und fühlte sich in seinem »Persönlichkeitsrecht schwer und nachhaltig verletzt«[6]. Ein nebensächlicher Satz, in dem die Autoren dem BGA Informationsbehinderung vorwarfen, wurde zum Anlaß genommen, zu versuchen, dieses Buch zu verbieten.

Der Vorwurf der Ehrverletzung durch das »zivilrechtliche Konkurrenzinstitut« war und blieb bis jetzt die einzige Reaktion des Bundesgesundheitsamtes auf die Arbeit, sachliche Antworten der Behörde blieben aus.

Die *Asbest-Industrie* versuchte eine Gegendarstellung dahingehend zu erreichen, daß Asbest-Zement-Rohre für die Trinkwasserversorgung unbedenklich seien. Als Beweis wurde eine Stellungnahme des Bundesgesundheitsamtes vorgelegt.

Der *Industrieverband Stickstoff* machte sich wegen des Buches Sorgen um den Absatz von Stickstoff, weil auf die vielfache Überschreitung der Höchstmengen von Nitrat im Trinkwasser hingewiesen worden war. Er schickte einen Vertreter in das Öko-Institut, um auszukundschaften, mit welchen Gegnern man es zu tun hat.

Anschließend verschickte der Stickstoff-Lobbyist polemische Besprechungsberichte seiner Erkenntnisse, die in den Vorstandsetagen der deutschen Chemie-Industrie kursierten. Der Industrieverband Stickstoff regte an, eine Gegenstudie zu verfassen, um damit auf mögliche Träger von weiteren Forschungsmaßnahmen (Umweltbundesamt, DFG, und Bundesgesundheit) einzuwirken. Außerdem schickte er Material über das Öko-Institut an den *Ernährungsausschuß des Deutschen Bundestages*. Dieser strich das Öko-Institut inzwischen aus der Liste der einzuladenden Organisationen für ein Hearing über Landwirtschaft und Chemie.

Die *Wasserwerke* reagierten mit polemischen Artikeln in ihren Kundenzeitschriften in Millionen-Auflage und warfen dem Öko-Institut die »kriminelle Erzeugung von Massenpsychosen mit pseudowissenschaftlichen Aussagen« vor. Auf juristische Anfrage von Rechtsanwälten der Autoren erklärten sie, daß damit nicht das Öko-Institut, sondern die Presse gemeint war, die diese Arbeiten aufgegriffen hatte.

Urheber dieser Kampagne sitzen wiederum mit den Verantwortlichen des BGA und der Chemischen Industrie in gemeinsamen Ausschüssen und fühlen sich gleichermaßen durch das Öko-Institut belästigt. So z.B. suchten der VCI (Verband der Chemischen Industrie), die Arbeitsgemeinschaft der Rheinwasserwerke und Prof. Sontheimer gemeinsam nach Testverfahren, die nicht mehr Einzelstoffe sondern nur Summen von Schadstoffen messen, um mit »positiven Testergebnissen utopischen Umweltschutzforderungen . . . entgegenzuwirken«[7]

In der Folge dieser Auseinandersetzung mit Wasserwerken, Stickstoffindustrie und Bundesgesundheitsamt gab es eine lange Reihe von Bundestagsanfragen, allesamt von Abgeordneten der CDU/CSU. Alle Anfragen beziehen sich auf die Finanzierung des Öko-Instituts. Insgesamt zehnmal innerhalb eines Jahres wurde der Verwaltungsapparat von Parlament und Ministerien in Bewegung gesetzt, um immer wieder das Gleiche in abgewandelter Form zu erfragen.[8] Immer waren andere Unterstellungen und falsche Behauptungen in die Fragestellung eingebaut, um gleichermaßen das Öko-Institut zu verunglimpfen und die damalige Bundesregierung anzugreifen. Ihr wurde sogar ökologische Politik unterstellt. Den vorläufigen Höhepunkt fand die Anfragenkampagne der gesamten CDU/CSU-Fraktion zu einer Unterrichtseinheit

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 30

»Gift im Essen« (siehe Öko-Mitt. Nr. 4/82 sowie den entsprechenden Sonderdruck).

Bei dieser Anfrage spielten sich CDU/CSU und das Landwirtschaftministerium die Bälle gegenseitig zu (s. Kasten 2)und führten einmal einen grundsätzlichen Angriff gegen alles, was mit ökologischem Landbau zu tun hat. Der Landwirtschaftsminister setzte sich bei dieser Antwort gegen andere Regierungsmitglieder wie den damaligen Innenminister Baum durch und lieferte eine Argumentation, die jetzt von der Chemie-Industrie als Werbebroschüre verschickt wird.

2

»Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann und wird niemanden daran hindern, sogenannten alternativen Landbau zu betreiben obwohl dies bei längerfristiger Betrachtung im Sinne einer ausreichenden Belieferung der Menschheit mit Nahrungsmitteln falsch ist« (Bundestagsdrucksache 9 / 1599 28. 4. 82 CDU/CSU noch ohne Regierungsverantwortung).

Wesentlich ehrfurchtsvoller behandelt Prof. K. S. Steinbuch diese Veröffentlichung des Öko-Instituts. Ohne sie zu kennen, bezieht er sich auf o.g. Bundestagsanfrage und führt diese Schrift als Beispiel für den Niedergang der gesamten deutschen Wissenschaft an (s. Kasten 3).

Wir haben in der Vergangenheit darauf verzichtet, auf all die Angriffe zu reagieren, denen wir täglich begegnen und haben uns auf schwerwiegende Fälle wie z.B. das Bundesgesundheitsamt und die Kernforschungsanlage Jülich beschränkt, sonst wäre das Ziel der Angreifer schnell erreicht, unsere wissenschaftliche Arbeit zu blockieren. Doch all diese Angriffe und Anfragen waren begleitet von einer Reihe von Aktivitäten, die sich nicht nur gegen das Öko-Institut richteten. So die Kriminalisierung exponierter Umweltschützer wie z.B. Jo Leinen, oder fingierte Stellenanzeigen in den größten Tageszeitungen der BRD für »kritische Wissenschaftler«, die der Aktionskreis Energie finanzierte[9]. Darin wird der damaligen Bundesregierung unterstellt »Unsummen« für die Finanzierung kritischer Wissenschaftler auszugeben. Dieses Beispiel ist im entgegengesetzten Sinn eher peinlich für die deutsche Forschungspolitik. Sie errechneten 3 Millionen DM pro Jahr für alle vom Bund geförderten kritischen Studien, »gigantisch» im Vergleich zum Etat für Forschung und Entwicklung im Bereich harter Energietechnologien in Höhe von ca. 2 Mrd DM pro Jahr. Polemische Flugblätter werden in Betrieben verteilt und damit versucht man die Arbeiterschaft gegen Ökologen einzunehmen, nicht zuletzt wurde im ZDF der Moderator Löwenthal bemüht, der 10 Minuten seines Magazins dem Öko-Institut widmete (s. Kasten 4).

4

Orginalton Löwenthal:
»Die Verzögerungen beim Kernkraftwerksbau werden die deutschen Stromverbraucher bis zur Jahrhundertwende mindestens 140 Milliarden Mark kosten. Mitverantwortlich für diese Entwicklung sind jene ökologischen Institute, Bünde und Verbände von Bürgerinitiativen, die seit Jahren jede Nutzung der Kernenergie ablehnen und satzungsgemäß die Anhänger der »Atomkraft-Nein-Danke-Gesinnung« mit Argumenten versorgen.«

In dieser Sendung darf auch der CDU-Abgeordnete Weyrich erläutern, wie er eigentlich seine Bundestagsanfragen zum Öko-Institut gemeint hat (s. Kasten 5 und 6).

3

»Erst kürzlich las ich einen Bericht über die Kritik der Bundesregierung am Freiburger Öko-Institut, an dem auch der SPD-Politiker Erhard Eppler mitarbeitet. Nach verschiedenen CDU-Politikern kritisiert nun auch die Bundesregierung die Verunsicherung der Bevölkerung durch einseitige Informationen seitens des Öko-Instituts. Es wird da von ungerechtfertigten Ängsten und dem Fehlen sachorientierter Meinungsbildung gesprochen. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie durch politische und ideologische Einflüsse die einstmals seriöse deutsche Wissenschaft auf ein kaum mehr diskussionswürdiges Niveau heruntergekommen ist. Es handelt sich heute nicht mehr darum zu erfahren, wie bestimmte Sachverhalte beschaffen sind, sondern es geht darum, ideologisch programmierte Vorurteile zu bestätigen. Genau darin liegt auch der Sinn des Freiburger Öko-Instituts. Mit dieser Arbeitsprämisse kann man freilich keine Wissenschaft betreiben. Der Zusammenhang zwischen sozialliberaler Herrschaft in der Bundesrepublik und dem Abbau unseres wissenschaftlichen Niveaus auf breiter Ebene scheint mir ganz offensichtlich zu sein.« Prof. K. S. Steinbuch in der Badischen Zeitung vom 24. 8. 82

5

Weyrich (CDU/CSU): *Halten Sie es angesichts des umstrittenen wissenschaftlichen Wertes des Öko-Instituts und der besonders pointierten Position des Öko-Instituts gegen die Energiepolitik der Bundesregierung für erträglich, daß dieses Institut von der Bundesregierung in besonderem Maße als Auftragsnehmer oder auch als Unterauftragsnehmer beschäftigt wird? (Aus einer Bundestagsanfrage)*

6

»Herr Weyrich, Sie haben im Bundestag in der letzten Zeit etliche Anfragen an die Bundesregierung zum Thema finanzielle Förderung von Kernkraftkritikern gerichtet. Ist es nicht eigentlich Pflicht einer Regierung, angesichts der Umstrittenheit der Kernenergie, auch Forschungsvorhaben von Gegnern Ihrer Energiepolitik zu unterstützen?«
»Nein, in Hessen tobt beispielsweise ein Kampf um die richtige Schulpolitik, und die hessische Landesregierung gibt den Gegnern der Gesamtschule für ihre politische Aufklärung auch kein Geld. Ich halte es angesichts leerer öffentlicher Kassen für unverantwortlich, daß beispielsweise die Kernkraftgegner für wissenschaftlich unhaltbare Gutachten und für Agitationsparolen Geld von den Steuerzahlern bekommen. Und ich meine, daß diese Praxis enden muß. Der Hintergrund dieser Aktion ist ja nur, daß die friedliche Nutzung der Atomenergie in der SPD außerordentlich umstritten ist und daß den innerparteilichen Gegnern damit eine Trostpille verabreicht werden soll. Es kann aber nicht Aufgabe der Bundesregierung sein, sozusagen auf dem Rücken der Steuerzahler die Zerstrittenheit der SPD zu lösen. Ich finde es schon grotesk, daß die Bundesregierung für Antikernkraftdemonstrationen, die teilweise gegen sie gerichtet sind, das Geld der Steuerzahler ausgibt.«

Es wird deutlich, wie es unter der neuen CDU/CSU/FDP Bundesregierung weitergehen wird. Die Personalentscheidungen für das Forschungsministerium mit den Herren Dr. Riesenhuber und Dr. Probst lassen darüber keinen Zweifel offen. (s. Kasten 7[8])

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

ANDREAS SUCHANTKE

Der Kontinent der Kolibris

Landschaft und Lebensformen in den Tropen Südamerikas.

420 Seiten mit 265 Zeichnungen und 16 Farbtafeln, Ln., DM 88,–

ISBN 3–7725–0740–9

Der Leser begleitet den Autor auf seinen biologischen Wanderungen durch die stromreichen Waldwildnisse der amazonischen Tief-Länder, auf die windgepeitschten Höhen der Anden mit ihren Wiesen roter Enziane, zu den steilen Terrassenäckerchen der Indiobauern hoch über tiefeingeschnittenen Talschluchten, in die lebensleere Kakteenwüste und zum überquellend reichen Humboldtstrom mit seinen Millionenheeren fischender Vögel – um nur einige Stationen dieser Durchquerung des Kontinents vom Pazifik zum Atlantik zu nennen.

VERLAG FREIES GEISTES-LEBEN

Abgeordneter Dr. Probst (CDU / CSU):

Welche finanziellen Mittel sind dem Öko-Institut Freiburg bis heute vom Bundesministerium für Forschung und Technologie überwiesen worden und welche Zwischenergebnisse sind dem Bundesminister für Forschung und Technologie vom Öko-Institut Freiburg bis heute vorgelegt worden?

Abgeordneter Dr. Probst (CDU / CSU):

Was hat den Bundesminister für Forschung und Technologie veranlaßt, dem Öko-Institut Freiburg eine Zuwendung von 1,6 Millionen DM für eine Untersuchung mit dem Titel »Analytische Weiterentwicklung zur Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke« zu geben, und wie beurteilt der Bundesminister für Forschung und Technologie die Förderungswürdigkeit dieses Instituts hinsichtlich seiner wissenschaftlichen Qualifikation als Grundlage für die Zuwendung öffentlicher Mittel?
(Aus Anfragen im Deutschen Bundestag)

7

Fortsetzung von Seite 31

Es ist wichtig aufzuzeigen, wie versucht wird, kritische Forscher und Institute ins wissenschaftliche Abseits zu drängen. Eine Allianz von Industrie, abhängiger Forschung und offizieller Politik ist in der Lage, den Zugang zu Informationen und Geldern nachhaltig zu erschweren, die notwendig sind, das kritische Forschung überhaupt existieren kann. Kritische Wissenschaft ist gerade jetzt von größter Bedeutung, da von Seiten der offiziellen Politik vorgegeben wird, Entscheidungen oft auf ein sehr breites wissenschaftliches Fundament zu stellen und aufgrund eines hohen Informationsstandes zu treffen.

Oft werden gerade unter dem Deckmantel unüberprüfbarer Wissenschaftlichkeit politische Entscheidungen gegen Umweltschutz für zerstörerische Technologie besser verkauft.

CDU/CSU haben nicht nur durch viele Anfragen im Bundestag klar zu erkennen gegeben, daß Umweltschutz für sie nebensächlich ist. Sie lassen auch unverhohlen erkennen, daß nur die Forschung gefördert wird, die mit ihrem politischen Leitbild übereinstimmt. Wir müssen jetzt davon ausgehen, daß jetzt für die Industrie der Weg geebnet wird und viele der mühsam errichteten. ohnehin unzureichenden Barrieren des Umweltschutzes weggerissen werden.

Gerade deshalb ist aber die Arbeit des Öko-Instituts als Selbsthilfe der Bürger gegen das ungebremste staatliche und industrielle Wachstumsdenken noch wichtige geworden. Das Öko-Institut hat sich für die kommenden Jahre viel vorgenommen. Mit den geringen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, haben wir für 1983 wichtige Schwerpunktsprojekte mit Eigenmitteln ins Leben gerufen und die wissenschaftliche Vorarbeit dafür geleistet.

Wir werden weiter versuchen, Freunde und Mitglieder zu finden, die unsere Arbeit durch ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge möglich machen. Wir hoffen auf diesem Weg der sachlichen wissenschaftlichen Argumentation auch in Zukunft neue Wege aufzuzeigen und begründen zu können, die für viele Anlaß zu persönlichem Handeln darstellen sollen.

Anmerkungen:

1 Schmitz, Voß: Energiewende? Jül Spez 73 KFA Jülich 1980
2 K. F. Müller-Reißmann / H. Bossel, Ein Bärendienst für die Kernenergie, Öko-Bericht Nr. 14 Öko-Institut Freiburg 1981
3 Stobaugh Yergin (Harvard Business School Energie Report)
4 Shell, Stabilisierung nach der Trendwende Hamburg 1982
5 Lahl / Zeschmar, Wie krank ist unser Wasser, Öko-Bericht Nr. 18 Freiburg 1981
6 Einstweilige Verfügung, Beschluß des Landgerichts Berlin in Sachen Republik Deutschland gegen Öko-Institut.
7 Besprechungsbericht BASF 13. 5. 81 (Emmisionsüberwachung u. Ökologie)
8 Bundestagsdrucksache 9/1599 9/741 Fragen 84, 85, 86, 87, 9/635 9/984
9 Anzeige FAZ von 2. 6. 82